

391

DR. EVA ZUBERBIER-SCHATZ . Rechtsanwältin und Notarin

Rechtsanwältin u. Notarin Dr. Eva Zuberbie-Schatz, 43 Essen, Gemarkenstr. 62

An das  
Landesamt für Wiedergutmachung  
Bremen

28 B r e m e n  
Contrescarpe 73



43 Essen, den 12.4.1965.

Gemarkenstraße 62-64

Fernruf 7744 71

Bankkonto: Deutsche Bank AG., Essen

Postcheckkonto: Essen Nr. 1254 76

Dr. Z./Sch.

Aktenz.: Nr. Rü 263 (Z)

**Wir bitten um Angabe  
unseres Aktenzeichens**

Betr.: Rückerstattungssache nach Carl Marcus.

Aktenz.: 4080/Rü - 6180/5.

-----  
In vorliegender Sache erhielt ich das Schreiben vom 12.3.1965  
nebst Schriftsatz der OFD Bremen vom 4.3.1965 und erkläre mich wie  
folgt:

Das Umzugsgut ist vom Antragsteller ordnungsgemäß verpackt und  
beim Spediteur aufgegeben worden. Er selbst ist ausgewandert und  
wollte dieses Umzugsgut mitnehmen. Der Spediteur, Fa Röhlig & Co,  
Essen, hat das Umzugsgut auch bis zum Schiff transportiert. Das  
Umzugsgut befand sich auf dem Schiff bereits auf der Ausreise und  
da wurde vom Staat das Schiff im Hafen von Bremen zurückgehalten.

Die Ladung wurde gelöscht. In dem Moment wurde das Eigentum des  
Antragstellers vom Staat entzogen. Der Spediteur verlangte sogar  
noch Kosten für die Löschspesen und Kailagergelder, welche deshalb  
entstanden, weil der Staat rechtswidrig das Eigentum des Antrag-  
stellers ihm entzogen hat und den ordnungsgemäß eingeleiteten  
Transport mit roher Gewalt verhinderte.

Eine Einwendung, dieses Umzugsgut wäre sowieso durch Bombenangriff  
später einmal verlorengegangen, von demjenigen vorgebracht, der den  
Antragsteller verhinderte, sein Eigentum mit sich in die Emigration  
zu nehmen, ist ~~dubios~~ <sup>notas</sup> und gegen die guten Sitten.

Es steht gerade hier, wo man genau den Weg des Umzugsgutes bis an  
Bord des Schiffes verfolgen kann, einwandfrei fest, dass ohne das  
rechtswidrige Eingreifen des Staates das Umzugsgut in die Hände  
des Verfolgten gelangt wäre, nachdem dieser durch NS-Verfolgung  
gezwungen war, Deutschland zu verlassen. Es ist doch in alle Wege  
nicht so, dass der verfolgte Erblasser etwa sein Umzugsgut im Hafen  
in Bremen niedergelegt hätte. Es ist auch nicht so, dass man hier  
sagt, möglicherweise hätte er das Umzugsgut noch retten können, wenn  
er bei Herannahen des Krieges die eine oder andere Maßnahme getroffen

hätte, wie es oft auch in Entschädigungsansprüchen geltend gemacht wird, sondern es steht ja hier gerade einwandfrei fest, dass die Gefahrenlage, nämlich Zerstörung dann schließlich durch Bombenangriff rechtswidrig vom Deutschen Reich veranlasst wurde, indem man sich über das Recht des Herrn Carl Marcus, sein Eigentum wie jeder andere Bürger zu verschaffen, einfach hinwegsetzte.

Ich verweise auf das soeben erschienene Urteil des BGH vom 2.12.1964 - IV 2 B 279/64 - veröffentlicht in RZW 1965/167. Die rechtlichen Grundlagen und die rechtliche Beurteilung des vorliegenden Falles ist genau das gleiche. Auch hier, sagt der Bundes-Gerichtshof, muss für den Schaden eingetreten werden und eine überholende Kausalität kann nicht entgegengehalten werden. Dabei ist der vom Bundes-Gerichtshof entschiedene Fall rein tatbeständlich durchaus nicht so klar und einfach zu beurteilen zugunsten des Klägers wie hier.

Im Unterschied zu dem Fall, den der Bundes-Gerichtshof zugunsten des Verfolgten entschieden hat, ist nämlich dort eine starke Vermutung, dass der Verfolgte genau wie jeder andere Deutsche sein Eigentum bei der Vertreibung verloren hätte.

Hier kann man davon nicht ausgehen, denn jeder andere Deutsche, wenn er nicht verfolgter Jude gewesen wäre, hätte das Umzugsgut nicht verloren, nachdem er es bereits hat auf das Schiff transportieren lassen.

Wenn die Abfahrt des Schiffes, in dem ein unverfolgter Deutscher sein Umzugsgut untergebracht hätte, etwa aus Gründen der politischen Situation zurückgehalten wäre, hätte der unverfolgte Deutsche sein Eigentum nicht im Bremer Freihafen jahrelang gegen Zahlung von Kaigebühren niedergelegt. Der unverfolgte Deutsche wäre im übrigen auch garnicht gezwungen gewesen, Deutschland zu verlassen und hätte sein Eigentum bei sich zu Hause behalten.

Eine Entscheidung darüber, dass der Verfolgte resp. sein Erbe keine Entschädigung deshalb erhält, weil aus Verschulden des Deutschen Reiches nur durch dessen rechtswidrigen Eingriff das Umzugsgut zerstört worden ist, würde dem Gerechtigkeitsempfinden in keiner Weise entsprechen.

1 begl. und 1 einf.  
Abschrift anbei. ✓

*H. L. L. L. L.*  
Rechtsanwältin und Notarin.